
Begründung

zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Fährenweg/Heerweg“
in Tübingen, Stadtteil Hirschau

1. Anlass der Planung

Auf dem Grundstück Flst. Nr. 4623 in Tübingen-Hirschau sollen auf der südlichen Fläche, die derzeit durch eine planungsrechtlich festgesetzte und baulich realisierte Gemeinschaftsgaragenanlage genutzt wird, zwei Mehrfamilienwohnhäuser mit Tiefgarage entstehen. Die geplanten Vorhaben sollen als Maßnahme der Innenentwicklung dem gestiegenen Bedarf an Wohnungen Rechnung tragen. Dazu ist eine Änderung des Planungsrechts erforderlich.

In dem neuen Baukörper am Fahrenweg sollen zum Verkauf bestimmte Eigentumswohnungen, am Heerweg soll öffentlich geförderter Mietwohnungsbau entstehen. Die Grundstückseigentümerin hat am 15.06.2009 einen Antrag auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für diese Vorhaben gestellt.

Die bestehenden Mehrfamilienwohnhäuser Torstraße 2, 4, 8, 10, 14, 16 und 18 und Hakenweg 2, 4, 6, 10, 12 und 14 sollen saniert und die Stellplätze und Nebenanlagen neu geordnet werden. Die Gebäude am Hakenweg sollen zudem aufgestockt werden.

Alle diese Maßnahmen sollen mit diesem Bebauungsplan geregelt werden.

2. Ziele und Zwecke der Planung

Im Bereich Torstraße/Fahrenweg/Heerweg befindet sich eine Wohnanlage der Gesellschaft für Wohnungs- und Gewerbebau Tübingen mbH (GWG). Auf den Grundstücken Flst.Nr. 4628 und Flst.Nr. 4623 befinden sich derzeit die Wohngebäude Torstraße 2, 4, 8, 10, 14, 16 und 18 bzw. Hakenweg 2, 4, 6, 10, 12 und 14. Die für die gesamte Wohnanlage notwendigen Stellplätze sind entlang der Torstraße und des Fahrenwegs sowie in 41 sanierungsbedürftigen Fertiggaragen einer Gemeinschaftsgaragenanlage hergestellt.

Nach Abbruch der 41 Fertiggaragen soll diese Fläche mit zwei neuen Wohngebäuden mit je 11 barrierefreien Wohnungen auf einer gemeinsamen Tiefgarage mit 21 Stellplätzen überbaut werden. Drei weitere Stellplätze sollen oberirdisch östlich der Tiefgaragenzufahrt am Heerweg entstehen. Damit werden die notwendigen Stellplätze für die beiden neuen Wohngebäude nachgewiesen.

In dem am Heerweg gelegenen Baukörper sollen öffentlich geförderte Mietwohnungen und in dem Gebäude am Fahrenweg zum Verkauf bestimmte Eigentumswohnungen errichtet werden. Der Antrag auf Bewilligung von Fördermitteln aus dem Landeswohnraumförderungsprogramm wurde positiv beschieden.

Für die Errichtung der Neubebauung soll ein vorhabenbezogener Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan und Durchführungsvertrag aufgestellt werden.

Die bestehenden Wohngebäude Hakenweg 2 bis 14 mit derzeit 30 Wohnungen sollen saniert und jeweils um ein Geschoss aufgestockt werden. Damit sollen 6 zusätzliche Wohnungen geschaffen werden. Entlang des Fahrenwegs sollen die insgesamt notwendigen Stellplätze für die bestehenden und die neuen Wohnungen am Hakenweg nachgewiesen werden.

Die Wohngebäude Torstraße 2 bis 18 mit insgesamt 41 Wohnungen sollen saniert und die Gemeinschaftsstellplätze entlang der Torstraße diesen Wohnungen zugeordnet werden.

Die Sanierung und Aufstockung der Bestandsgebäude sind als ergänzende Maßnahmen zu betrachten, die die Wohnanlage inklusive der Neubauvorhaben wieder zu einer städtebaulichen und gestalterischen Gesamtheit verbinden. Sie sollen deshalb in dem Bebauungsplan „Fährenweg/Heerweg“ planungsrechtlich geregelt werden, jedoch kein Bestandteil des Vorhaben- und Erschließungsplans oder Durchführungsvertrages werden.

Insgesamt soll mit den Neubaumaßnahmen sowie der Sanierung und Aufstockung von Bestandsgebäuden auch eine Neuordnung der Stellplatzanlagen und eine gestalterische Aufwertung der gesamten Wohnanlage und ihrer Freiflächen erreicht werden.

3. Planbereich

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans „Fährenweg/Heerweg“ mit ca. 14.460 m² Größe wird wie folgt abgegrenzt:

- im Norden durch die Torstraße,
- im Osten durch den öffentlichen Weg Flst.Nr. 7273, das Grundstück Hakenweg 20 und das Flst. Nr. 4620/1,
- im Süden durch den Heerweg und
- im Westen durch den Fährenweg.

4. Derzeitiges Planungsrecht

Der Flächennutzungsplan des Nachbarschaftsverbandes Reutlingen – Tübingen vom 11.09.2009 weist das Plangebiet als Wohnbaufläche aus. Der Bebauungsplan ist daher gemäß § 8 Abs. 2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

Der derzeit gültige Bebauungsplan „Toräcker – Dischinger“, rechtsverbindlich seit 05.08.1975 weist das Gebiet als Allgemeines Wohngebiet aus. Auf der Fläche der geplanten Wohngebäude mit Tiefgarage sind eine Gemeinschaftsgaragenanlage und zur Wohnbebauung hin Pflanzgebote festgesetzt. Die Realisierung der geplanten Bebauung ist auf Grundlage dieses Bebauungsplans nicht möglich.

Der Bebauungsplan setzt für die Gebäude am Hakenweg eine dreigeschossige Bebauung fest. Eine Aufstockung der Gebäude wäre demzufolge nicht zulässig.

Im Bereich der Bestandsgebäude Torstraße 2 bis 18 sind zur Unterbringung der notwendigen Stellplätze Gemeinschaftsgaragen festgesetzt, die jedoch nie realisiert wurden. Abweichend vom Bebauungsplan wurden die Stellplätze entlang der Torstraße angeordnet und der öffentliche Gehweg verlegt.

5. Baugenehmigungen

In den Jahren 1978 und 1979 wurden Baugenehmigungen erteilt für die Wohngebäude Torstraße 2, 4, 8, 10, 14, 16 und 18 sowie Hakenweg 2, 4, 6, 10, 12 und 14. Insgesamt wurden 71 Wohnungen erstellt. Zum Zeitpunkt der Baugenehmigungen waren 1,5 Stellplätze pro Wohneinheit nachzuweisen,

so dass insgesamt 107 Stellplätze genehmigt wurden, davon entlang der Torstraße und des Hakenwegs jeweils 33 und in der Gemeinschaftsgaragenanlage 41 Stück.

Nach heutiger Landesbauordnung ist nur noch ein Stellplatz pro Wohneinheit nachzuweisen. Es besteht das Recht, eine entsprechende Änderung der Baugenehmigung für bestehende Gebäude zu beantragen. Für die Gebäude Torstraße 2 bis 18 sowie Hakenweg 2 bis 14 wurde dieser Änderungsantrag gestellt. Damit sind für die Wohngebäude Torstraße 2 bis 18 nur noch 41 Stellplätze notwendig, die entlang der Torstraße nachgewiesen werden sollen. Für die Gebäude am Hakenweg sind 30 Stellplätze erforderlich, die entlang des Fahrenwegs nachgewiesen werden sollen.

Die abzubrechende Gemeinschaftsgaragenanlage wird dann zum Stellplatznachweis nicht mehr benötigt.

6. Planinhalt

6.1 Planungsrechtliche Festsetzungen

Art der baulichen Nutzung

Für das Plangebiet wird entsprechend dem Bestand auf dem Grundstück und den Planungszielen des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ein Allgemeines Wohngebiet festgesetzt. Das Gebiet fügt sich in die Umgebungsbebauung ein.

Südlich des Heerwegs gilt weiterhin der Bebauungsplan „Toräcker – Dischinger“, der hier ein eingeschränktes Gewerbegebiet festsetzt, in dem nur Betriebe zulässig sind, die das Wohnen nicht wesentlich stören. Zusätzlich setzt dieser Bebauungsplan entlang des Heerwegs eine ca. 25 m breite „Zone A“ fest, in der als Nutzungen nur Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude zulässig sind. Pflanzgebote sollen der Abschirmung des eingeschränkten Gewerbegebiets dienen. Der Mindestabstand zwischen dieser „Zone A“ und der geplanten Wohnbebauung beträgt 25 m.

Die Nutzungen der Gebäude westlich des Fahrenwegs durch Wohnen, Handel und Handwerk sind mit der geplanten Wohnnutzung verträglich.

Es sind weder Beeinträchtigungen der neuen Wohnbebauung, noch Einschränkungen der bestehenden Gewerbebetriebe durch die neue Wohnbebauung zu erwarten.

Anlagen für sportliche Zwecke, Schank- und Speisewirtschaften, Gartenbaubetriebe und Tankstellen fügen sich städtebaulich weder in das Plangebiet noch in die Umgebungsbebauung ein und werden auch wegen ihres störenden Charakters wie auch wegen ihres hohen Zu- und Abfahrtsverkehr ausgeschlossen.

Im Geltungsbereich des Vorhaben- und Erschließungsplans sind in Anwendung von § 12 Abs. 3 a BauGB i. V. mit § 9 Abs. 2 BauGB nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.

Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch Festsetzung der Grundflächenzahl (GRZ), und die maximal zulässige Gebäudehöhe in Metern ü. NN und die Zahl der Vollgeschosse bestimmt.

Die neuen Wohngebäude am Heerweg sind als dreigeschossige Bebauung mit einem weiteren zum öffentlichen Raum zurückgesetzten Dachgeschoss geplant, das kein Vollgeschoss sein darf. Die mittlere Gebäudehöhe der Wohngebäude entlang der Torstraße wird durch die geplanten Wohngebäude um ca. 2 m überschritten bezogen auf den sanierten Zustand der Bestandsgebäude. Da die geplanten Gebäude einen Mindestabstand von ca. 55 m zu dem nächsten Einfamilienhaus und von ca. 25 m zu Gebäuden des Gewerbegebiets haben werden, ist die Arrondierung der bestehenden Wohnanlage städtebaulich verträglich.

Bei der Aufstockung der bestehenden Gebäude am Hakenweg werden die Gebäudehöhen der geplanten Neubebauung um bis zu 0,60 m überschritten. Auch diese Dachgeschosse sollen auf der Westseite vom Hausgrund deutlich zurücktreten und damit zum öffentlichen Raum untergeordnet bleiben. Die Abstände zur umgebenden Bebauung sind so groß, dass nachbarliche Belange nicht beeinträchtigt werden.

Mit der Festsetzung der Zahl der Vollgeschosse und der maximalen Gebäudehöhe soll sichergestellt werden, dass die Dachgeschosse gegenüber den darunterliegenden Vollgeschossen etwas zurücktreten und sich sowohl die sanierten, aufgestockten als auch die neuen Gebäude städtebaulich verträglich an den Bestand anschließen. Aus diesem Grund wird eine Überschreitung der festgesetzten Gebäudehöhen in BF 1 und BF 2 durch technische Aufbauten – außer den für die Barrierefreiheit notwendigen Aufzugsanlagen – ausgeschlossen. Die Dachflächen der bestehenden Gebäude entlang der Torstraße sollen der Solarenergienutzung dienen. Diese Anlagen müssen von den Gebäudekanten so weit zurückgesetzt werden, dass sie von den umgebenden öffentlichen Flächen aus nicht sichtbar sind.

Die Grundflächenzahl wird festgelegt, um die Versiegelung der Böden auf das notwendige Maß zu begrenzen. Bei der Berechnung werden die Flächen der Stellplatzanlagen entlang der Torstraße und entlang des Fährwegs den Wohngebäuden Torstraße 2 bis 18 bzw. Hakenweg 2 bis 14 hinzugerechnet.

Bauweise

Entsprechend der Umgebungsbebauung wird offene Bauweise festgesetzt. Der im Bestand und der Umgebung vorhandene offene Charakter wird auch mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan weiterverfolgt.

Tiefe der Abstandsflächen

Entlang des Fährwegs werden zwischen dem westlichen Bestandsgebäude in BF 1 und dem westlichen Neubau in BF 2 verringerte Abstandsflächen festgesetzt, um die angestrebte bauliche Entwicklung und Ordnung zu erreichen. Die ausreichende Belichtung und Belüftung der bestehenden und der geplanten Wohngebäude ist auch bei der reduzierten Abstandsfläche gegeben. Der Brandschutz ist gewährleistet und nachbarliche Belange werden nicht beeinträchtigt.

Überbaubare Grundstücksflächen

Die Baukörper werden durch die Festsetzung von Baugrenzen definiert. Überschreitungen werden für Balkone und Vordächer zugelassen, da dies untergeordnete Bauteile sind.

Nebenanlagen

Von den öffentlichen Gehwegen soll bei der Errichtung von Nebenanlagen in Form von Gebäuden und baulichen Anlagen zur Unterbringung von Müll wie auch Fahrradabstellanlagen ein Abstand eingehalten werden, der der Baugrenze für die Hauptgebäude entspricht, um eine geordnete bauliche Entwicklung entlang des öffentlichen Straßenraums zu gewährleisten. Für die Bestandsgebäude am Hakenweg werden die Flächen für die Anlagen zur Unterbringung von Müll entlang des Wegs festgesetzt, um eine geordnete Mülllagerung und -abholung sowie ausreichend Abstand zu den Wohnnutzungen zu gewährleisten.

Gehrecht

Das im zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes festgesetzte Gehrecht dient der Allgemeinheit. Der öffentliche Spielplatz soll über das Gehrecht auch vom Heerweg aus für die Öffentlichkeit zugänglich sein.

Flächen für Stellplätze und Tiefgaragen

Um eine geordnete Parkierung sicherzustellen, werden im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Gemeinschaftsstellplatzanlagen, eine Tiefgarage und ebenerdige, offene, nicht überdachte Stellplätze ausgewiesen.

Die für die Neubebauung notwendigen Stellplätze sollen in einer Tiefgarage mit insgesamt 21 Stellplätzen untergebracht werden. Außerdem sollen 3 ebenerdige Stellplätze östlich der geplanten Tiefgarageneinfahrt realisiert werden.

Die Stellplätze für die Wohneinheiten der Gebäude Hakenweg 2 bis 14 werden im Bereich der bestehenden Stellplätze als Gemeinschaftsstellplatzanlage entlang des Fahrenwegs ausgewiesen. Auch den Wohngebäuden Torstraße 2 bis 18 ist eine Gemeinschaftsstellplatzanlage zugeordnet. Die bestehende genehmigte Stellplatzanlage entlang der Torstraße wird dafür geringfügig verändert und um zwei Plätze erweitert.

Die Zulässigkeit der Überdachung der Tiefgaragenrampe auf der ausgewiesenen Fläche für die Tiefgarage ist erforderlich, da die Steigung der Rampe größer als 10% ist und deshalb eine Überdachung erforderlich ist und die Rampe auch nicht nach Norden verschoben werden kann.

Öffentliche Grünfläche - Kinderspielplatz

Der bereits im Bebauungsplan „Toracker-Dischinger“ festgesetzte öffentliche Kinderspielplatz soll in den Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Fahrenweg/Heerweg“ aufgenommen und entsprechend seiner tatsächlichen hergestellten Größe festgesetzt werden. Die Vorhabenträgerin möchte auf dem Spielplatz die nach LBO notwendigen Spielflächen für die geplante Wohnbebauung nachweisen. Der Spielplatz soll daher in der Ausstattung aufgewertet werden. Die Vorhabenträgerin

soll dabei die den Wohnbauvorhaben zurechenbaren Kosten übernehmen. Die einzelnen Regelungen hierzu erfolgen in dem noch abzuschließenden Durchführungsvertrag.

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Aus ökologischen Gründen muss das Niederschlagswasser von Dachflächen auf den Grundstücken versickert werden. Außerdem ist die Tiefgarage in den Bereichen, in denen sie nicht von baulichen Anlagen überdeckt wird, intensiv zu begrünen. Stellplätze, Zufahrten, Zugänge und Terrassen sind mit wasserdurchlässigen Belägen herzustellen, wodurch auch die versiegelten Flächen minimiert werden.

Pflanzgebote und Pflanzeerhaltungsgebote

Zur Einbindung des Plangebietes in Landschaft und Umgebung und zur ökologischen und gestalterischen Aufwertung der unbebauten Grundstücksflächen werden Pflanzgebote festgesetzt. Aus denselben Gründen sollen durch Erhaltungsgebote die vorhandenen Gehölze dauerhaft erhalten und gepflegt und bei Abgang entsprechend ersetzt werden.

Aus Gründen des Artenschutzes für Flora und Fauna sollen nur standortgerechte, heimische Bäume und Sträucher und hierbei Arten, die nicht gefüllte Blüten aufweisen, bei der Pflanzenauswahl zum Zuge kommen. Eine entsprechende empfehlende Pflanzenliste ist im Anhang beigefügt.

Entlang des Heerwegs wird als Baumart die Rosskastanie festgesetzt, da bereits auf der gegenüberliegenden Seite alle Bäume in den Pflanzinseln Rosskastanien sind und somit ein einheitliches Gesamtbild erreicht wird. Auch die Baumpflanzgebote entlang der Torstraße richten sich deshalb an dem vorhandenen Baumbestand aus. Es sind gemäß des Bestands Ahorne in Arten und Sorten zu pflanzen.

Der Spielplatz soll gegen die benachbarte Wohnnutzung eingegrünt werden, um eine bessere Verträglichkeit zu erreichen.

6.2 Örtliche Bauvorschriften

Fassadengestaltung

Damit sich die zu sanierenden vorhandenen und die geplanten Gebäude gestalterisch in die Umgebung einfügen, sind grelle und fluoreszierende Fassadengestaltungen nicht erlaubt.

Die zurückgesetzten Dachgeschosse sollen in der Fernwirkung nicht als Fassaden wahrgenommen werden und sich in das Ortsbild mit den zum Teil mächtigen Dachflächen einfügen. Deshalb sollen die Fassaden dieser Dachgeschosse in dunkleren Farben gestaltet werden.

Dachgestaltung

Die Mehrfamilienwohnhäuser der bestehenden Wohnanlage und der weiteren Wohnbebauung im Bebauungsplan „Toräcker – Dischinger“ sind satzungsgemäß mit Flachdächern versehen. Deshalb wird auch für die geplanten und zu sanierenden Gebäude eine flache Dachneigung von 0° - 3° festgesetzt, um diese Gebäude gestalterisch in die Umgebung einzubinden.

Damit die Gebäude beim Blick von den nördlich gelegenen Hängen weniger in Erscheinung treten und aus klimatologischen Gründen sollen Dachflächen, die nicht als Terrassen genutzt werden, extensiv mit einem Mindestgesamtaufbau von 10 cm begrünt werden.

Plätze für bewegliche Abfallbehälter

Um eine bessere Verträglichkeit mit der Wohnnutzung und eine attraktive Wohnumfeldgestaltung zu gewährleisten, sollen die Nebenanlagen, die der Unterbringung von Müll dienen, mit Sträuchern oder Hecken eingegrünt werden.

Unbebaute Grundstücksflächen

Zur Aufwertung und zum Erhalt des Wohnumfeldes müssen die Grundstücksflächen, die nicht durch Gebäude, Wege oder Nebenanlagen überbaut sind, gärtnerisch angelegt und so dauerhaft erhalten werden.

Einfriedigungen

Um eine gestalterische Ordnung entlang der Grenzen zum öffentlichen Raum zu gewährleisten, wurden Festsetzungen dazu getroffen.

7. Erschließung

7.1 Verkehr

Die äußere Erschließung erfolgt über die vorhandenen Straßen „Heerweg“ und „Fährenweg“ und „Hakenweg“. Durch die Zunahme des Zu- und Abfahrtsverkehrs in Folge der geplanten Wohngebäude wird keine wesentliche Beeinträchtigung der Umgebung erwartet. Die Zahl der Stellplätze ist auch nach der Neuordnung ausreichend, insbesondere bei einem Mehrangebot von neuen Stellplätzen auf privater Fläche.

7.2 Ver-/Entsorgung

Die Ver- und Entsorgung erfolgt durch den Anschluss an das städtische Kanal- und Leitungsnetz. Durch die Versickerung des Regenwassers auf dem Baugrundstück wird die Belastung des vorhandenen Kanals deutlich entlastet.

8. Bodenordnung

Maßnahmen der Bodenordnung sind nicht erforderlich. Die Grundstücke im Geltungsbereich des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes stehen im Eigentum der Vorhabenträgerin bzw. der Stadt.

9. Geplanter Energiestandard

Im Geltungsbereich des Vorhaben- und Erschließungsplans soll mindestens der Energiestandard KfW Effizienzhaus 70 erreicht werden.

9. Beschleunigtes Verfahren der Innenentwicklung

Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Föhrenweg/Heerweg“ soll eine bereits mit Garagen überbaute Fläche und versiegelte Fläche wiedernutzbar gemacht werden und mit Wohngebäuden zum Zwecke der Schaffung von Wohnraum nachverdichtet werden. Außerdem sollen bestehende Gebäude saniert und teilweise aufgestockt und dadurch zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden. Die Größe des Plangebiets beträgt ca. 14.460 m², so dass die in § 13 a BauGB geltenden Grenzen für Grundflächen in jedem Falle eingehalten werden. Da Wohngebäude realisiert werden sollen und ein allgemeines Wohngebiet festgesetzt wird, wird keine Zulässigkeit von Vorhaben begründet, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen. Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung von FFH und Vogelschutzgebieten nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 b BauGB liegen nicht vor. Die Voraussetzungen für das beschleunigte Verfahren der Innenentwicklung nach § 13 a BauGB sind gegeben.

10. Umweltbelange

Im beschleunigten Verfahren der Innenentwicklung wird Kraft Gesetzes (§ 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB und § 13 Abs. 3 BauGB) von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und vom Umweltbericht abgesehen. Trotzdem sind die Umweltbelange zu ermitteln und in den Abwägungsprozess einzustellen.

Die für die beiden neu geplanten Wohngebäude mit Tiefgarage erforderliche Fläche ist heute bereits durch die Gemeinschaftsgaragenanlage mit ihren Zufahrten versiegelt. Die Erstellung der beiden neuen Wohngebäude mit Tiefgarage stellt keine weitere Versiegelung des Bodens dar. Die Erdüberdeckung der Tiefgarage verbessert die Regenwasserspeicherung und das Mikroklima.

Im Bereich der vorhandenen Gebäude erfolgt durch die Aufstockung kein weiterer Eingriff in den Boden.

Das anfallende Regenwasser von den neuen Dachflächen soll über Rigolen dem Grundwasser wieder zugeführt werden. Die Dachflächen sollen extensiv begrünt werden.

Klimatische oder lufthygienische Beeinträchtigungen sind durch die Neubebauung und Aufstockung nicht zu erwarten, da in der Umgebung bereits weitere Bebauung besteht. Es handelt sich um einen beplanten Innenbereich.

Auf den heute versiegelten Flächen der Gemeinschaftsgaragenanlage sind keine schützenswerten Tiere und Pflanzen anzutreffen.

Beeinträchtigungen des Landschaftsbilds sollen durch die grünordnungsplanerischen Festsetzungen ausgeglichen werden. Die Erholungsfunktion im Wohnumfeld soll durch die Aufwertung der privaten Freiflächen und des öffentlichen Kinderspielplatzes gestärkt werden.

Tübingen, den 06.05.2010